

# Tschechische Republik

Volker Weichsel

Seit vielen Jahren durchzieht eine Kluft die tschechische Europapolitik: Die verwaltungstechnische Abwicklung supranationalen Regierens im Mehrebenensystem der Europäischen Union und die öffentliche Debatte über Ziele und Mittel der tschechischen EU-Politik sind immer weniger miteinander vermittelt. Der Apparat funktioniert, seine Legitimität schwindet. Dies hat sich in den Jahren 2012/2013 verschärft. Von dieser Legitimitätskrise ist keineswegs allein die Europapolitik betroffen. Vielmehr handelt es sich um eine umfassende Legitimitätskrise des tschechischen Parteiensystems. Dies kann jedoch nicht ohne Rückwirkungen auf die Europapolitik bleiben.

Im Jahr 2012 und im ersten Halbjahr 2013 erklärten bei Umfragen konstant nur rund fünf Prozent der Befragten, sie seien zufrieden mit der politischen Situation in der Tschechischen Republik, durchgängig mehr als drei Viertel sagten, sie seien unzufrieden. Zwei politische Institutionen sind von einem besonderen Vertrauensverlust betroffen: die Regierung und das Parlament, also die Kerninstitutionen der parlamentarischen Demokratie. Beiden sprechen in Umfragen nur noch rund 15% der Befragten ihr Vertrauen aus.<sup>1</sup> Im Unterschied zu einigen anderen ostmittel- und südeuropäischen EU-Staaten, wo zumindest in Umfragen die Europäische Union schon geradezu als bessere Alternative zu einer diskreditierten nationalen Politik erschienen ist, schlägt in der Tschechischen Republik die Legitimitätskrise des politischen Systems voll auf die EU durch. Im September 2013 hielten weniger als ein Drittel der Tschechen (28%) die Mitgliedschaft in der EU für eine gute Sache, ebenfalls knapp ein Drittel (26%) für eine schlechte Sache. Die Zustimmungsrate war somit noch niedriger als in Ungarn (32%) und weit von der im Nachbarland Slowakei entfernt, wo im Juli 2013 immerhin knapp die Hälfte (46%) der Bürger die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für eine gute Sache hielten. Die Bürger des benachbarten Polen scheinen in einer anderen EU zu leben als die Tschechen: Dort ist der Anteil derjenigen, die mit der EU-Mitgliedschaft ihres Landes zufriedenen sind, mehr als doppelt so hoch (58%). Ähnlich fiel das Ergebnis auf die Frage aus, ob eine Mitgliedschaft dem Land nütze.<sup>2</sup>

## Das politische System in der Krise

Der Legitimitätsverlust der Parteien zeigte sich in aller Deutlichkeit bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Oktober 2013. So erlebte etwa die liberal-konservative *Občanská demokratická strana* (ODS), die über zwei Jahrzehnte die dominante politische Kraft im rechten Spektrum des tschechischen Parteiensystems gewesen war und in den Jahren 1993-1998, 2006-2009 und 2010-2013 den Ministerpräsidenten gestellt hatte, einen Absturz ohne gleichen. Sie erhielt nur noch 7,7% der Stimmen, in absoluten Zahlen 384 000. Bei den vorletzten Wahlen 2006 hatten noch fast zwei Millionen Menschen für die ODS

1 Daten des Meinungsforschungsinstituts CVVM: Duvera ústavním institucím v září 2013, <http://cvvm.soc.cas.cz/institute-a-politici/duvera-ustavnim-institutim-a-spokojenost-s-politickou-situaci-v-zari-2013>.

2 Daten der Central European Opinion Research Group, der für die Tschechische Republik das Meinungsforschungsinstitut CVVM angehört. Hodnocení členství v EU a postoj k euru v stredoevropském srovnání – léto 2013, <http://cvvm.soc.cas.cz/mezinarodni-vztahy/hodnoceni-clenstvi-v-eu-a-postoj-k-euru-v-stredoevropskem-srovnani-leto-2013>.

gestimmt. Doch dieser Niedergang ging keineswegs zu Gunsten der tschechischen Sozialdemokraten von der CSSD, der stärksten Partei auf dem linken Flügel. Sie wurde zwar stärkste Kraft, erhielt jedoch lediglich 20,5% der Stimmen und hat gegenüber den vorletzten Wahlen fast die Hälfte ihrer Wähler verloren (2006: 1,7 Mio.; 2013: 1,0 Mio.). Auch die Partei TOP 09 um den vormaligen Außenminister Karel Schwarzenberg, die zwar erst 2009 gegründet wurde, jedoch die recht stabile, wenn auch kleine, vor allem in Prag vertretene liberal-weltoffene Strömung der tschechischen Politik vertritt, hat leicht verloren.

Von dem Niedergang der etablierten Parteien haben Protestparteien profitiert. Die erst zwei Jahre vor der Wahl gegründete Vereinigung mit dem bezeichnenden Namen *Aktion unzufriedener Bürger 2011* (Akce nespokojených občanů, ANO 2011) des Chemieunternehmers Andrej Babis wurde auf Anhieb mit 18,7% der Stimmen zweitstärkste Kraft. Weitere 6,9% der Stimmen entfielen auf eine weitere Protestpartei mit dem nicht weniger viel-sagenden Namen *Morgenlicht der direkten Demokratie* (Úsvit primé demokracie) des tschechisch-japanischen Reiseunternehmers Tomio Okamura, die erst im Mai 2013 gegründet worden war. Ebenfalls als Protestpartei ist die *Kommunistische Partei Böhmens und Mährens* (KSCM) zu werten, die zwar zu den ältesten und etabliertesten Parteien der Tschechischen Republik gehört und mehr Mitglieder hat als ODS und CSSD zusammen. Sie stellt sich jedoch seit 20 Jahren unverändert gegen die euroatlantische Integration der Tschechischen Republik, so dass alle anderen Parteien eine Koalition mit ihr stets ablehnten. Bei den Wahlen 2013 wurde sie mit 14,9% drittstärkste Partei.

Auch die traditionsreiche christsoziale KDU-CSL, Tschechiens stabilste proeuropäische Kraft, die 2010 an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, zurück im Parlament ist, verteilen sich die 200 Mandate auf sieben Parteien. Und weil gleichzeitig *Veci Verejné*, die Protestpartei des Jahres 2010, die zwei Jahre an der Regierung beteiligt war, gar nicht mehr antrat, wurde mehr als ein Drittel der Mandate umverteilt.

Anti-Parteien bzw. Anti-System-Parteien konnten somit 94 der 200 Mandate im tschechischen Abgeordnetenhaus erringen. Während die national-etatistische KSCM in supranationaler Integration einen Angriff auf die nationale Souveränität sieht und verbündete Staaten eher in Europas Osten als im Westen sucht, hat *Úsvit* überhaupt kein erkennbares politisches, geschweige denn ein europapolitisches Programm. ANO hat zwar ein auf den ersten Blick recht professionell wirkendes Programm, das ein allgemeines Bekenntnis zur euroatlantischen Integration enthält.<sup>3</sup> Entscheidend ist jedoch etwas anderes: Die beiden neuen Parteien bringen das Unbehagen an einer Politik zum Ausdruck, die immer komplexer, den Bürgern immer entrückter erscheint: Zentrales Ziel von *Úsvit* ist mehr Bürger-nähe, was durch landesweite Referenden zu politischen Fragen aller Art erreicht werden soll. Was eine Ausweitung des Instruments des Referendums für die Europapolitik bedeuten würde, lässt sich anhand der Umfragen zum Thema Beitritt zur Eurozone ermes-sen. Im April 2013 äußerten sich bei einer entsprechenden repräsentativen Umfrage 48% der Befragten entschieden gegen eine Übernahme des Euro, weitere 29% erklärten, sie seien eher dagegen als dafür. Damit ist der Anteil der Gegner einer Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der Eurozone, der bereits seit 2007 über dem der Befürworter liegt und in den Jahren 2009-2011 rasant gewachsen ist, auf ein neues Rekordhoch von insgesamt 77% gestiegen.<sup>4</sup>

---

3 ANO bude líp, Resortní program, [www.anobudelip.cz/cs/o-nas/program/resortni-program/](http://www.anobudelip.cz/cs/o-nas/program/resortni-program/).

4 Daten des Meinungsforschungsinstituts CVVM. Občané o přijetí eura – duben 2013, [http://cvvm.soc.cas.cz/media/com\\_form2content/documents/c1/a7005/f3/pm130503.pdf](http://cvvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c1/a7005/f3/pm130503.pdf).

Das gleiche Unbehagen wie *Úsvit* spricht ANO mit der genau entgegengesetzten Forderung an: Nicht der Bürger selbst soll die bessere Politik machen, sondern eine professionelle Verwaltung. Damit macht ANO eine Haltung zum Programm, die sich in der tschechischen Gesellschaft in den vergangenen Jahren verstärkt hat: Viele Tschechen wollen nicht mehr die „unpolitische“ Politik der Verständigung, für die Václav Havel gestanden hatte, und auch nicht mehr die äußerst politische Politik der Polarisierung, deren Exponent über 20 Jahre Václav Klaus war, sondern eine „apolitische“ Politik im Stile guter Unternehmensführung. Für sie steht der Parteiführer von ANO, Andrej Babis, zweitreichster Mann der Tschechischen Politik und Eigentümer sowie Generaldirektor von *Agrofert*, dem in der Chemie- und Lebensmittelbranche tätigen viertgrößten Konzern des Landes, dessen Mediensparte AGF Media 2013 den Medienkonzern MAFRA übernommen hat, der die beiden traditionsreichen landesweiten Tageszeitungen *Lidové noviny* und *Dnes* sowie das meistgelesene Blatt des Landes, die kostenlos verteilte Anzeigenzeitung *Metro*, herausgibt.

Allerdings lässt sich der Wahlerfolg von Babis, an dem bei der Regierungsbildung kein Weg vorbeiführen wird, nicht als Sehnsucht nach einem starken Mann deuten. Dies zeigt sich an der Wahlschlappe der *Partei der Bürgerrechte* (*Strana Práv občanů – Zemanovci*, SPOZ), die als Stoßtrupp von Präsident Miloš Zeman agiert, der im März 2013 als erster Präsident der Republik in einer Direktwahl ins Amt gekommen ist. Mit einem Stimmanteil von nur 1,5% erteilten die Wähler dem Ansinnen Zemans eine deutliche Absage, das politische System stärker auf seine Person zuzuschneiden. Dazu hatte er u.a. nach dem Sturz der Regierung unter Petr Nečas (ODS) im Juni 2013 mit einem umstrittenen Schritt eine Expertenregierung unter Jiří Rusnok installiert, der mehrere Mitglieder der von ihm gegründeten SPOZ sowie einige prominente ehemalige Sozialdemokraten angehören. Nachdem unmittelbar nach den Parlamentswahlen auch noch der Versuch des Zeman nahestehenden etatistischen Flügels der Sozialdemokraten gescheitert ist, Parteichef Bohuslav Sobotka zu stürzen, dürfte Zemans Rolle zunächst wieder auf das Normalmaß eines Präsidenten in einem parlamentarischen System zurückgeschnitten sein.

Gleichwohl wird Zeman Einfluss auf die Europapolitik seines Landes nehmen. Er steht zwar seinem Vorgänger Václav Klaus in puncto Populismus in nichts nach. Aber anders als Tschechiens prominentester EU-Kritiker, hat Zeman kein über Jahre hinweg ausgearbeitetes, konsequent gegen supranationale Integration gerichtetes Programm. Zeman hat vielmehr angekündigt, die Blockadepolitik aufzugeben, die Klaus mit der Verzögerung von Ratifikationsurkunden betrieben hatte. Die tschechischen Wähler haben mit Zeman einen Politiker ins Amt gebracht, der – anders als sein unterlegener Konkurrent, der Mitte 2013 aus dem Amt geschiedene Außenminister und überzeugte Europäer Karel Schwarzenberg – keine festen europapolitischen Ansichten hat und seine Entscheidungen eher von kurzfristigen innenpolitischen Nützlichkeitsabwägungen abhängig macht. Dies führt auch dazu, dass Europapolitik eine noch geringere Rolle in der öffentlichen Debatte spielen wird, als dies bislang der Fall war. Denn ganz gleich, ob man Klaus für einen unverbesserlichen Populisten hält oder ihm Respekt zollt, weil er schon früh prognostiziert hatte, dass auf die Währungsunion eine politische Union folgen müsse – die er selbstredend vehement ablehnte: Fest steht, dass Klaus polarisierte und damit die europapolitische Debatte belebte.

### **Die Folgen für die Europapolitik**

Die politische Krise in der Tschechischen Republik steht in einem viel loseren Zusammenhang zu gesamteuropäischen Entwicklungen, als dies in einigen südeuropäischen Ländern der Fall ist. So kämpft zwar aufgrund der engen Verflechtung zwischen der tschechischen Volkswirtschaft und jenen der anderen EU-Staaten auch die Tschechische Republik mit

den Auswirkungen der seit Jahren andauernden Wirtschafts- und Finanzkrise in vielen Staaten der Europäischen Union. Nach einem – im gesamteuropäischen Vergleich eher undramatischen – Einbruch des BIP im Jahr 2009 (-4,5%) und schwachen Wachstumsraten in den beiden folgenden Jahren (2010: +2,5%, 2011: +1,8%), ging das BIP 2012 wieder leicht zurück (-1,0%). 2013 setzte sich der negative Trend fort. Die Arbeitslosenrate ist von 4,4% im Jahr 2008 auf 7,2% zur Jahresmitte 2013 gestiegen. Auch der Zuwachs der Real-löhne fällt seit 2008 von Jahr zu Jahr geringer aus, 2012 sanken sie sogar im Vergleich zum Vorjahr um 0,6%. Gleichzeitig hat sich die Staatsverschuldung von 24% des BIP im Jahr 2007 auf 43% im Jahr 2012 fast verdoppelt.<sup>5</sup>

Diese Zahlen dokumentieren wirtschaftliche Probleme, die eine der Ursachen für die politische Krise sind. Sie zeigen aber vor allem, dass die Tschechische Republik in den vergangenen Jahren keinen derartigen ökonomischen Niedergang erlebt hat wie andere EU-Staaten. Auch machen mit Ausnahme der Kommunistischen Partei die politischen Kräfte die EU nicht für das Schwächeln der tschechischen Volkswirtschaft verantwortlich. Das gilt selbst für die neuen Protestparteien. Zwar wurde wie in anderen Staaten auch aufgrund der Wirtschaftskrise in der Eurozone hier und da der Ruf laut, der stark auf die EU konzentrierte Außenhandel – 83% der Exporte gehen in andere EU-Staaten, 74% der Importe kommen von dort – müsse durch eine stärkere Zusammenarbeit mit Russland, Brasilien oder China sowie weiteren Staaten Asiens und Südamerikas diversifiziert werden.

Gleichwohl sind sich selbst jene politischen Kräfte, die sich in den letzten Jahren am stärksten mit euroskeptischen Positionen hervorgetan haben, bewusst, dass es keine seriösen Alternativen zur EU gibt. Da gleichzeitig die Gestaltungsmacht der Tschechischen Republik in der EU so gering ist, führt die Mischung aus Unzufriedenheit und Alternativlosigkeit zu einer symbolischen Verweigerungspolitik, wie sie Ex-Präsident Klaus 2012 in seinem letzten Amtsjahr noch einmal demonstriert hat: Klaus weigerte sich, die Änderung von Art. 136 des Vertrags über die Funktionsweise der EU zu unterzeichnen, die aufgrund des Vertrags über den Europäischen Stabilitätsmechanismus notwendig geworden war. Praktische Konsequenzen hat dies nicht, da der ESM-Vertrag ein eigenständiges Vertragswerk und die Tschechische Republik kein Mitglied der Eurozone ist.

Eine solche symbolische Blockadepolitik ist vom neuen Präsidenten Zeman nicht zu erwarten. Ebenso würde eine neue Regierung unter dem CSSD-Vorsitzenden Sobotka, dessen sozialliberaler Parteiflügel nach dem gescheiterten Putsch gegen Sobotka gestärkt ist, auf die demonstrativen Aktionen ihrer Vorgängerregierung verzichten. Diese hatte zwar die größere Haushaltsdisziplin, die der Europäische Fiskalpakt vorsieht, grundsätzlich befürwortet, eine Ausweitung der Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten aber abgelehnt, so dass die Tschechische Republik dem Pakt ferngeblieben ist. Die CSSD hingegen hegt nicht jenes grundsätzliche Misstrauen gegen die Europäische Kommission und die großen Mitgliedstaaten. Ob es jedoch Sobotka gelingen wird, eine stabile Regierung zu bilden, ist offen. Dazu müsste sich die *Aktion unzufriedener Bürger*, ohne die es keine konstruktiven Mehrheiten geben wird, in Windeseile von einer Protest- in eine Regierungspartei verwandeln. Einstweilen wird die politische Debatte daher bei den Binnenproblemen der Tschechischen Republik verharren und europäischen Zusammenhängen wenig Aufmerksamkeit schenken. Das Gefühl, dass die Europäische Union und die in ihr agierenden tschechischen Funktionsträger dem tschechischen Bürger entrückt sind, wird so nicht überwunden werden. Um die Legitimität der EU ist es in Tschechien weiter schlecht bestellt.

---

5 Alle Zahlen stammen von der tschechischen Statistikbehörde CSU, [www.czso.cz/csu/redakce.nsf/i/home](http://www.czso.cz/csu/redakce.nsf/i/home).